



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/A/251 - 29. 10. 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 032 890

Bericht aus Genf (IV)	S. 1
Labour-Sturm gegen Butler	S. 3
Sozialistischer Studentenbund und Ost- West-Kontakte	S. 5
Henker und Opfer/Der Fall Clauberg	S. 7

Genfer Arbeitswoche

P.R. - Genf

Die Genfer Arbeitswoche, die am 31. Oktober beginnt, könnte etwas mehr Klarheit in die Aussichten der Deutschlandfrage bringen, nachdem die Ausgangspositionen dokumentarisch festliegen. Aber das Enttäuschende ist, dass beide Seiten in allen entscheidenden Fragen auf ihre alten Vorstellungen zurückgegriffen haben. Es ist bezeichnend, dass der Eden-Plan aus dem Jahre 1954 in aller Breite der offiziellen westlichen Dokumentation beigelegt wurde, und in ihr genau so viel Raum einnimmt, wie die Präambel des neuen Neun-Punkte-Vorschlages und diese selbst. Molotow seinerseits hat sogar nur die wortwörtliche Wiederholung des Entwurfes für einen europäischen Sicherheitspakt auf den Tisch gelegt, den Bulganin am 20. Juli in Genf vorgebracht hat - mit der nicht ungeschickten Begründung übrigens, der Westen habe ja darauf bisher noch nicht geantwortet.

Zieht man auf beiden Seiten die formelhaften Arabesken über Verzicht auf Gewaltanwendung und dergleichen ab, so bleibt der Gegensatz in einzelnen der Auffassungen erschreckend und einigermaßen entmutigend. Den fünfzehn Punkten des ursprünglichen und nun erneut vorgelegten sowjetischen Vorschlages stehen die neun des neuen westlichen Memorandums gegenüber. Versuche, hier Berührungspunkte zu finden, werden vermutlich einen Teil der Bemühungen dieser Woche ausmachen. Aber schon in den einleitenden Feststellungen wird die ganze Schärfe der grundsätzlichen Differenz deutlich.

Der Westen stellt die Wiedervereinigung nach dem Muster des Eden-Plans, d.h. unter der vordringlichen Betonung von freien Wahlen ganz stark in den Vordergrund und unterstreicht mehrmals mit grossem Nachdruck, dass die Unterschriften unter ein Abkommen über die Wiedervereinigung und einen Sicherheitsvertrag nur gleichzeitig gegeben werden könnten. Interessant ist dabei der Hinweis, dass in den Direktiven der Regierungschefs an ihre Aussenminister vom Juli 1955 ja auch Bulganin zugestimmt hat "dass die Regelung der Deutschlandfrage und die Wiedervereinigung Deutschlands im Wege freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen muss." Doch die Russen zeigen sich von dieser Erinnerung einstweilen gänzlich unberührt.

Der Westen unterstreicht noch einmal den rein defensiven Charakter von NATO und WEU. Diese Versicherung, auch mit Hinweis auf bestimmte, diese Auffassung unterstützende Bestimmungen, bleibt so lange ohne praktischen Wert, als derjenige, für den diese Erklärungen bestimmt sind, anderer Meinung ist. Die Konsequenz dieser Ansicht hat auf der Seite des Westens zu der Vorlage des Neun-Punkte-Projektes für einen Sicherheitspakt geführt, der eine Regelung in Stappen vorsieht. Die Schlussphase einer solchen Prozedur würde aber erst eintreten (d.h. mit anderen Worten, dieser ganze Plan soll erst dann voll wirksam werden) wenn ein wiedervereinigtes Deutschland sich entschliessen würde, der NATO und der WEU beizutreten.

Dies ist aber das für die sowjetische Haltung massgebende Kriterium. Auch das bisherige Memorandum gliedert sich in allgemeine und in spezielle Vorschläge. Die speziellen knüpfen an das an, was Eden vor einem Vierteljahr in Genf entwickelte, bewegen sich vor allem um den Begriff der ganz oder teilweise entmilitarisierten Zone, erwähnen "Inspektions- und Kontrollmassnahmen", ohne sie näher zu präzisieren, bis auf jenen Vorschlag über ein wechselseitiges Radar-Warnsystem. Aber so lange unter all das jener Schlusspunkt gesetzt bleibt: Aufnahme ganz Deutschlands in NATO und WEU, bieten auch diese technischen Ansatzpunkte für einen generellen Akkord mit den Russen wenig Aussicht.

Das Kernstück des russischen Entwurfes bleibt die schliessliche, auch in Etappen zu erreichende Ablösung von NATO und WEU - übrigens auch der Warschauer Vertrag - durch den geplanten Sicherheitspakt. Die deutsche Wiedervereinigung wird in der sowjetischen Darstellung nur an einer Stelle recht nebenher erwähnt, wo davon die Rede ist, dass "bis zur Schaffung eines einheitlichen friedliebenden demokratischen deutschen Staates die DDR und die Bundesrepublik gleichberechtigte Partner des Sicherheitspaktes sein sollen." Molotow hat ausserdem am Freitag erklärt, er werde zu gegebener Zeit besondere Deutschland-Vorschläge machen, und in diesem Zusammenhang wieder die Möglichkeit angedeutet, dass beide deutsche Abordnungen in Genf irgendwie ins Spiel gebracht werden sollten.

Hier wird der andere Hauptpunkt des Gegensatzes zwischen Ost und West sichtbar. Moskau denkt nicht an die Aufgabe der Spaltung Deutschlands, so lange nicht der mit freien Wahlen verbundene Verlust der Sowjetzone durch einen angemessenen Preis bezahlt wird, ein Preis, der sich in erster Linie auf den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschlands bezieht.

So bietet sich auf den ersten Blick das unfreundliche Bild ziemlich starr gegeneinander gerichteter Fronten. Doch die Arbeitsatmosphäre bei den Diskussionen dieser Vorschläge war, nach allgemeiner Feststellung, durchaus gut. Immerhin liegt darin eine gewisse bescheidene Hoffnung.

* * *

Butler's Notstandsetat

E.A. London

Schon einmal ist ein Herbstbudget in England dem Schatzkanzler zum Verhängnis geworden. Das war im Jahre 1947, als Hugh Dalton infolge der Dollarkrise eine Reihe von neuen Steuern einführen musste. Ein unvorsichtiges Scherzwort zu einem ihm bekannten Journalisten, das er vor Eintritt in das Unterhaus äusserte, wurde von diesen richtig ausgelegt. - Der Labourschatzkanzler wird die Steuer auf Streichhölzer erhöhen - konnte das Mittagsblatt verkünden, noch ehe die Abgeordneten die Geheimnisse des Budgets erfahren hatten. Das war das Ende der Karriere Dalton's als Schatzkanzler.

Diese Episode kommt unwiderruflich zur Erinnerung, wenn man das Notstandsbudget Butlers betrachtet, das er am 26. 10. vor dem Unterhaus einbrachte. Nicht dass dem gewiegten Tory-Schatzkanzler eine Indiskretion unterlaufen wäre. Aber es war das erste Mal seit Dalton's fatalem Krisenetat, dass sich ein Schatzkanzler gezwungen sah, nach dem üblichen Frühjahrshaushalt im Herbst ein korrigierendes Zusatzbudget einzubringen. Und das Echo, das Butlers "Daumenschraubenbudget" fand, klingt wie Grabgeläut für den Politiker, der noch vor sechs Monaten als der beste Stimmenfänger für die Konservativen gefeiert wurde.

"Butler beraubt die Küche"

Die populäre Presse verkündete in Schlagzeilen "Butler beraubt die Küche". - Das schien die beste Bezeichnung für seine Massnahmen sowohl für den liberalen "News Chronicle" wie für den konservativen "Daily Express" zu sein. Die erzkonservative und sonst butlerfreundliche "Daily Mail" verkündete in Fettdruck: "Butler presst die Hausfrauen aus". In ihrem Leitartikel versuchte sie dann die unpopulären Massnahmen damit zu erklären, dass der Schatzkanzler mit seinen Steuererhöhungen das britische Volk einer Schockbehandlung unterwerfe, die zur Gesundung der Wirtschaft führen werde. Nur ist Schock als Heilmethode bekanntlich nicht allen Patienten bekömmlich - und die Frage bleibt offen, wie sich die englische Bevölkerung diese Behandlung gefallen lassen wird.

Von Seiten der Arbeiterpartei werden zwei Dinge im Herbstbudget besonders aufgegriffen. Es ist einmal die wahllose Heraufsetzung der

sogenannten "Kaufsteuer", die nun sogar auf eine grosse Anzahl bisher kaufsteuerfreier Artikel erhoben wird. Pfannen und Kochtöpfe, Küchenartikel und viele Dinge des täglichen Bedarfs waren bisher niemals unter Kaufsteuer gefallen. Nun aber bleibt mit Ausnahme von Lebensmitteln kaum etwas von dieser unbeliebtesten aller Steuern in Grossbritannien befreit. Sie ist sehr fühlbar. Für die meisten Artikel des täglichen Bedarfs beträgt sie nun 30 Prozent des Grosshandelspreises, für Kraftwagen, Heizkörper, Kühlschränke usw. 60 Prozent und für Luxuswaren 90 Prozent. Die wahllose Erhöhung um 20 Prozent, die Schatzkanzler Butler nun verordnet hat, wird die Lebenshaltungskosten weiter ansteigen lassen. Wie ein schlechter Witz muss auf Gewerkschaften und Arbeitnehmer Butlers Konzession, nämlich die Steuer auf ausgeschüttete Gewinne gleichfalls um 20 Prozent zu erhöhen, wirken. Diese Massnahme trägt nur zu deutlich den Stempel einer Beruhigungspille und soll offensichtlich dazu dienen, bei Lohnforderungen zur Zurückhaltung appellieren zu können, da ja auch die Gewinne beschnitten würden.

Eingeschränkter sozialer Wohnungsbau

Die andere Massnahme, die von Labour unter Feuer genommen wird, besteht in der Kreditbeschränkung für die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die in Zukunft die Staatszuschüsse für den sozialen Wohnungsbau stark beschnitten erhalten oder sogar gänzlich auf sie verzichten müssen. Dafür werden die Kommunalverwaltungen angewiesen, ihre Kreditbedürfnisse auf dem freien Kapital- und Hypothekenmarkt zu decken. Das bedeutet eine Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus und Mietpreiserhöhungen. Labour bezeichnet dieses Anziehen der Kreditschraube für den sozialen Wohnungsbau als offenen Klassenkrieg.

Alle Erhöhungen von Steuern, der Kaufsteuer, der Dividendensteuer und die gleichfalls angekündigten Heraufsetzungen der Post-, Telefon- und Telegraphengebühren werden dem Schatzamt in einem vollen Steuerjahr etwa 1,7 Milliarden DM einbringen. Das ist fast auf den Pfennig genau die Summe, die - 5 -

Schatzkanzler Butler im April dieses Jahres an Steuerermässigungen gewährt hatte. Soviel war ihm der Sieg bei den Maiwahlen wert.

Nun, nach sechs Monaten stricht er mit der einen Hand das wieder ein, was er damals mit der anderen großzügig fortgeschenkt hatte. Nur dass die Steuergeschenke in erster Linie denen zugute kamen, die zu den höchsten Einkommenstufen zählen. Dafür müssen nun die Pfenrige der Hausfrauen das wieder aufwiegen, was die Steuergeschenke im Frühjahr in der britischen Wirtschaft angerichtet haben.

* * *

Sozialistische Studenten für gesamtdeutsche Hochschularbeit

Von Ulrich Lohmar

Die zehnte Bundeskonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die in dieser Woche in Göttingen zu Ende ging, hat eine Entscheidung über die zukünftige gesamtdeutsche Hochschularbeit getroffen, die über die Studentenschaft hinaus Beachtung verdient. Die sozialistischen Studenten gehen in ihrer Ost-West-Denkschrift aus von der Feststellung, dass es zwischen dem Sozialismus und dem Leninismus-Stalinismus keinerlei politische Gemeinsamkeiten gibt, weder in der politischen Zielsetzung noch in der politischen Praxis. Sie folgern daraus, dass ein organisatorischer Kontakt mit stalinistischen Verbänden wie den politischen Parteien in der Sowjetzone, den dortigen Massenorganisationen und der FDJ nicht in Betracht gezogen werden kann.

Elößer Anti-Bolschewismus genügt nicht

Der Sozialistische Studentenbund ist jedoch im Gegensatz zu vielen politischen Gruppen in der Bundesrepublik der Meinung, dass ein negativer Anti-Bolschewismus hier nicht ausreicht. Seine Delegierten - von 32 Hochschulen kommend - warnten davor, von seiten der Bundesrepublik ständig gebannt auf die offensive Taktik der SED und der FDJ zu starren, ohne von sich aus etwas Besseres zu entwickeln. Aus diesem Grunde will der SDS im kommenden Jahr eine Ost-West-Arbeit in großen Stil durchführen. Man denkt dabei neben einer Verstärkung der menschlichen Kontakte zwischen Studierenden mitteldeutscher und

und westdeutscher Hochschulen vor allem an Einzel-Studienreisen und an den Austausch von Studiengruppen. Der Kontakt soll insbesondere über Einrichtungen der Universitäten wie Instituten oder Fakultäten hergestellt werden. Ziel dieser persönlichen und wissenschaftlichen Kontakte ist es, politische Diskussionen auf einer sachlichen Grundlage zu führen, um zu vermeiden, dass die FDJ jede Begegnung für ihre propagandistischen Zwecke ausnutzt.

Diskussion über Hochschulreform

Auf der Bundeskonferenz des SDS wurde darauf hingewiesen, dass diese Ost-West-Arbeit u.a. davon ausgehen müsse, die Auseinandersetzung um die Hochschulreform in beiden Teilen Deutschlands weiterzuführen. Der SDS hat schon vor längerer Zeit der Öffentlichkeit eine Denkschrift zur Neuordnung der Hochschulen übergeben, die in Westdeutschland vor allem die Kritik liberaler Kreise fand und von seiten der FDJ wie üblich als "inkonsequent" zurückgewiesen wurde. Gerade die bisherige Diskussion um diese sozialistische Hochschuldenkschrift zeigt jedoch, wie fruchtbar die darin enthaltenen Vorschläge für die Herausarbeitung einer gesamtdeutschen Konzeption der Hochschulreform sind.

So hat es die FDJ bezeichnenderweise vermieden, in ihren Stellungnahmen zu den Vorschlägen des SDS auf die Frage zu sprechen zu kommen, was sie von der Forderung nach der Freiheit von Forschung und Lehre hält. Sie verliert kein Wort darüber, dass mit dem Aufbau der Arbeiter- und Bauernfakultäten in der Sowjetzone eine neue privilegierte Schicht begründet worden ist, die ebenso wenig Berechtigung hat wie die bei uns im Westen nach wie vor bestehenden Vorrechte anderer sozialer Gruppen. Hier gibt es nur einen vertretbaren Weg: Die gleiche Chance in der Ausbildung für jeden durchzusetzen, unabhängig davon, welcher sozialen Herkunft er ist. Der Sozialistische Studentenbund wird in Kürze in dieser Richtung konkrete Vorschläge für seine Ost-West-Arbeit unterbreiten.

Die Frage der Aufrüstung

Eine gesamtdeutsche Hochschulpolitik kann selbstverständlich nicht unabhängig gesehen werden von der Problematik der Aufrüstung. Der

29.10.1955

SDS hat auf seiner Bundeskonferenz klar herausgestellt, dass es ihm um eine Verhinderung der Wiederbewaffnung in Ost und West geht. Auch diese Frage soll und muß im Rahmen sozialistischer Hochschularbeit in Mitteldeutschland zur Diskussion gestellt werden. Den Gegnern der Sozialisten in der Bundesrepublik geht es um eine Aufrüstung des westlichen Deutschlands, und die Machthaber in der Sowjetzone drängen auf den Ausbau der militärischen Streitkräfte in Mitteldeutschland.

Bei einer Diskussion dieser Problematik wird sich zeigen, ob die stalinistischen Organisationen in der Sowjetzone bereit sind, eine freie Diskussion zu tolerieren. Die FDJ als die eigentlich entscheidende Organisation an den mitteldeutschen Hochschulen fordert seit langem sogenannte gesamtdeutsche Gespräche. Sie hat bald Gelegenheit zu zeigen, ob sie sich in der Lage sieht, darunter nicht nur die Schlagworte ihrer eigenen Propaganda zu verstehen, sondern die Freiheit des Gesprächs zu gestatten. Mit dem Versuch von seiten des SDS, ein solches Gespräch zu fördern, beginnt ein Stück praktischer gesamtdeutscher Politik im Raume der Hochschulen.

Es wäre gut, wenn sich auch andere studentische Organisationen und politische Gruppen dazu entschliessen würden, ein konkretes Arbeitsprogramm für die Ost-West-Arbeit zu entwickeln, das von der antibolschewistischen Hysterie gleichweit entfernt ist, wie von einem resignierenden Staunen vor der ideologischen Geschlossenheit stalinistischer Führungsgruppen. Die Lösung des Problems der Wiedervereinigung kann nur das Ergebnis einer offenen Auseinandersetzung um die Gestaltung eines gesamtdeutschen Staates darstellen. Dieser Staat muss seinen Bürgern die volle Freiheit und eine gerechte soziale Ordnung bringen, wenn die Wiedervereinigung mehr sein soll als ein formaler Akt.

* * *

Das ist Clauberg

sp. In einem der ersten Transporte von bisher zurückgehaltenen Deutschen, die im Lager Friedland eintrafen, befand sich auch ein Professor Clauberg. Mit seinem Namen sind einige der verabscheuungswürdigsten Verbrechen, die während des Dritten Reiches begangen wurden, verknüpft. Professor Clauberg gehörte als SS-Brigadeführer zum inneren Führungskreis Himmlers. Als "Kommissar zur Festigung des

29. 10. 1955

deutschen Volkstums" organisierte Himmler in den Konzentrationslagern Massensterilisierungen, und einer der Männer, die ihr ärztliches Wissen missbrauchten und sich Himmler zur Verfügung stellten, war Prof. Clauberg. Wir zitieren Eugen Kogon, den Verfasser des "Der SS-Staat" (Seite 183/84):

"1942 hatte ihm (Himmler) SS-Brigadeführer Dr. Clauberg, Königshütte in Oberschlesien, eine dritte Möglichkeit nahegelegt: durch Einspritzung chemischer Reizflüssigkeiten in die Gebärmutter Frauen unfruchtbar zu machen. Am 7. Juli 1942 fand in Anwesenheit Himmlers eine Besprechung zwischen Professor Gebhardt, SS-Obergruppenführer Glücks, dem Stellvertreter Pohl im SS-WVHA und Herrn Clauberg statt. Es wurde ihm "für seine Versuche an Menschen und an Tieren das KZ Auschwitz zur Verfügung gestellt" (mit diesen Worten!). (In Aussicht genommen wurde, den deutschen Röntgenspezialisten Prof. Dr. Hohlfelder, Leiter des sogenannten SS-Röntgen-Sturmabteils, beizuziehen, um über die Beschränkung auf Frauen hinauszukommen.)

Bereits drei Tage später wurde Clauberg "der Wunsch des Reichsführers-SS" übermittelt, er solle nach Ravensburg fahren, um dort an jüdischen Frauen die Sterilisierung nach seinem Verfahren vorzunehmen. "Bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, würde der Reichsführer-SS noch Wert darauf legen, von Ihnen zu erfahren, welche Zeit etwa für die Sterilisation von 1000 Jüdinnen in Frage käme. Die Jüdinnen selbst sollen nichts wissen. Im Rahmen einer allgemeinen Untersuchung könnten Sie nach Ansicht des Reichsführers-SS die entsprechende Spritze verabreichen. Über die Wirksamkeit der erfolgten Sterilisation müßten dann auch eingehende Versuche durchgeführt werden, größtenteils in der Art, dass nach einer bestimmten Zeit, die Sie dann bestimmen müßten, vielleicht durch Röntgenaufnahmen festgestellt wird, welche Veränderungen eingetreten sind. In dem einen oder andern Fall dürfte aber auch ein praktischer Versuch in der Weise durchgeführt werden, dass man eine Jüdin mit einem Juden für eine gewisse Zeit zusammensperret und dann sieht, welcher Erfolg dabei auftritt."

Clauberg machte sich an die Arbeit. Am 7. Juni 1943 berichtete er, seine Methode sei nun "so gut wie fertig": "eine einzige Einspritzung vom Eingang der Gebärmutter her" genüge, und sie könne "bei der üblichen, jedem Arzt bekannten gynäkologischen Untersuchung vorgenommen werden". Auf die Frage von damals sei zu antworten: "von einem entsprechend eingeübten Arzt an einer entsprechend eingerichteten Stelle mit vielleicht 10 Mann Hilfspersonal (die Zahl des Hilfspersonals der gewünschten Beschleunigung entsprechend) höchst wahrscheinlich mehrere hundert - wenn nicht gar 1000 - an

29. 10. 1955

einem Tag." Um die letzten "Verfeinerungen der Methode" zu erzielen, ließ er sich nochmals 300 Frauen aus Ravensbrück kommen, die er in Auschwitz zu Tode experimentiert oder anschliessend an die Experimente vergasen ließ. Röntgenaufnahmen von Vorversuchen im KL Ravensbrück haben gezeigt, dass die Claubergschen Einspritzungen "bis an das Ende der Eileiter eingedrungen waren, in mehreren Fällen bis in die Bauchhöhle".

Mit der beginnenden nationalsozialistischen Auflösung, Ende 1944, endete auch das Sterilisationsprogramm. Clauberg verschwand. Nach 11 Jahren taucht er als "Heinkehrer" auf. Gehört dieser Mann auch zum "Sauerteig der Kameradschaft" (Minister Oberländer bei der Begrüssung in Friedland) ?

Nur wenige Frauen überstanden die an ihrem Körper vorgenommenen Experimente. Sieben dieser unglücklichen Geschöpfe leben in Berlin. Sie sind in ihrem Äusseren wie auch in ihrem Innenleben vollständig verändert und jeder Lebensfreude beraubt. Der ärztliche Befund deutet darauf hin, dass bei allen Krebsgefahr besteht, oder diese Frauen als Todeskandidaten anzusprechen sind. Keine von ihnen wird das 50ste Lebensjahr überschreiten.

Die Untaten dieses Professor Clauberg verlangen nach Sühne. Unerträglich wäre der Gedanke, diesen Mann, der hunderte Frauen auf dem Gewissen hat und durch seine Tätigkeit eine der dunkelsten Seiten des Dritten Reiches füllte, ungeschoren zu lassen. Das Wort haben die deutschen Gerichte.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau